

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

3.05.2013

CDU-Juristen: „Auch die Sozialministerin ist an die Gesetze gebunden“

Landesvorsitzender Dr. Graf: „Der Vorwurf, die Gerichte würden zu viele Straftäter in die Psychiatrie einweisen, ist in keiner Weise haltbar.“

Als unqualifiziert und nicht nachvollziehbar bewertete der Vorstand des LACDJ die Äußerungen von Sozialministerin Altpeter, die den Gerichten vorgeworfen hatte, zu viele Straftäter in die Psychiatrie einzuweisen.

Die Unterbringung von suchtabhängigen und psychisch kranken Straftätern ist im Strafgesetzbuch eindeutig geregelt. Wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen, können die Gerichte nicht von einer Unterbringung absehen. In der Revisionsinstanz müssten, so der Landesvorsitzende Dr. Graf, immer wieder Urteile beanstandet werden, weil die erforderliche Unterbringung zur Behandlung einer Suchtabhängigkeit unterblieben sei. Der Vorwurf, die Gerichte würden zu viele Straftäter in die Psychiatrie einweisen, sei daher nicht haltbar.

Durch die sachgerechte Behandlung, die im Strafvollzug nicht möglich ist, sollen nach dem Willen des Gesetzgebers künftige Straftaten verhindert und dem Straftäter der Weg zurück zu einem geordneten Leben ermöglicht werden. „Wer dies nicht will, soll es auch klar zum Ausdruck bringen,“ so Dr. Graf weiter.

Es sei in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass auch Justizminister Stieckberger mit Meldung vom 11. April 2013 postwendend pauschale Kritik an den Gerichten zurückgewiesen hat.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.